



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2021/0411

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

09.02.2021

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren</b>	01.03.2021	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	22.03.2021	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Wohnungslosigkeit beseitigen - Housing-First-Konzept umsetzen  
- Antrag der Gruppe DIE LINKE vom 11.01.2021

**Anlage/n:**

0411 - Antrag



Herrn  
Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

11.01.2021

## **Wohnungslosigkeit beseitigen - Housing-First-Konzept umsetzen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates und der zuständigen Gremien:

Der Rat möge beschließen:

- zur Schaffung von nachhaltigen und dauerhaften „Normalwohnraum“ für wohnungslose Menschen ergänzt die Stadt Leverkusen ihre bisherigen Angebote der Wohnungslosenhilfe mit dem „Housing-First-Ansatz“;
- die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Trägern der Wohnungslosenhilfe und der WGL möglichst schnell ein entsprechendes Konzept zu entwickeln mit dem Ziel bis 2030 Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Stadt zu beenden;
- über die Entwicklung und Umsetzung wird der Rat halbjährlich informiert.

### **Begründung:**

Das Europäische Parlament hat mit Entschließung vom 23.11.20 die Mitgliedsstaaten aufgerufen, bis 2030 Obdachlosigkeit in der Union zu beenden, entsprechende nationale Strategien zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit zu entwickeln, zur Entkriminalisierung beizutragen und Finanzmittel zu mobilisieren. Damit wurde daran erinnert, dass Wohnen ein grundlegendes Menschenrecht ist, die Zahl der Obdachlosen jedoch in den letzten 10 Jahren um mehr als 70 Prozent gestiegen ist. In Deutschland wird von einer Zunahme von 64,8 Prozent ausgegangen (2006 – 2016).

Nach Ansicht der Abgeordneten sollten die Mitgliedstaaten vermehrt "Housing First"-Projekte umsetzen. Dieser Ansatz wird bereits von einigen Ländern, insbesondere in Finnland, erfolgreich verfolgt und wird auch in verschiedenen deutschen Städten angewandt, wie z.B. in unseren Nachbarstädten Köln und Düsseldorf.

Im Unterschied zu „traditionellen“ Programmen wird obdachlosen Menschen ohne Vorbedingungen eigener Wohnraum mit eigenem Mietvertrag zur Verfügung gestellt und entsprechende weitere Unterstützung zur sozialen und beruflichen Integration angeboten. Entscheidend ist, ob und wie lange sie unterstützende Hilfeleistungen annehmen, Betroffene selbst entscheiden können.

Gerade in dieser Corona-Krise sind obdachlose Menschen zu den bekannten Risiken – Opfer von Gewalt zu werden – zusätzlichen Risiken ausgesetzt, da sie kaum Zugang zu Hygiene- und Gesundheitsversorgung haben.

Mit freundlichen Grüßen

Keneth Dietrich  
Die LINKE

Gisela Kronenberg